

# Der Landtag will kein «Absegnungsverein» sein

**Die Regierung will über eine Anpassung der Eignerstrategien die staatsnahen Betriebe zum Verbleib in der staatlichen Pensionskasse zwingen. Die entsprechende Vorlage wird vom Landtag aber erst im November zur Kenntnis genommen.**

Von Günther Fritz

*Vaduz.* – Nachdem die AHV/IV/FAK-Anstalten mit Schreiben vom 18. September der Pensionsversicherung für das Staatspersonal (PVS) mitgeteilt hatten, die Anschlussvereinbarung auf Ende Jahr zu kündigen, gab die Regierung unmissverständlich den Tarif durch. Aus Sicht der Regierung sind Sonderlösungen einzelner Anschlüsse auf Kosten der Steuerzahler inakzeptabel. «Dies ist eine Frage der Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit», betonte die Regierung zwei Tage später und kündigte an, an der nächsten Sitzung die Eignerstrategien dahingehend abzuändern und dem Landtag zur Kenntnis zu bringen.

## Keine Fristverkürzung gewährt

Am vergangenen Dienstag hat die Regierung wie geplant die Eignerstrategien der AHV, der Gasversorgung und der LKW sowie die Beteiligungsstrategie der Post AG mit der Ergänzung verabschiedet, dass die betriebliche Vorsorge dieser staatsnahen Betriebe durch Anschluss bei der PVS respektive bei deren Nachfolgeorganisation zu erfolgen habe. Zudem dürften die

Leistungen der betrieblichen Vorsorge diejenigen für das Staatspersonal nicht übertreffen.

Für Regierungschef Adrian Hasler wäre es aufgrund des aktuell brennenden Themas wichtig gewesen, den Bericht und Antrag zur Anpassung der Eignerstrategien noch auf die Oktober-Sitzung von kommenden Woche setzen zu lassen. Normalerweise müssen Vorlagen, Berichte und Anträge spätestens sechs Wochen vor der Landtagssitzung zugestellt werden. In dringenden Fällen kann der Landtagspräsident jedoch die Frist abkürzen. Gestern entschied nun Landtagspräsident Albert Frick nach Rücksprache mit dem Landtagspräsidium, dass das Ansuchen der Regierung bezüglich einer kurzfristigen Traktandierung abgelehnt wird. Die entsprechende Vorlage werde für die November-Sitzung traktandiert werden.

## Auch Thema der aktuellen Stunde

Das Landtagspräsidium besteht aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und den Fraktionssprechern. Das «Liechtensteiner Vaterland» wollte von den Präsidiumsmitgliedern in Erfahrung bringen, weshalb das Anliegen der Regierung bezüglich einer kurzfristigen Traktandierung abgelehnt

wurde. VU-Fraktionssprecher Christoph Wenaweser erklärte auf Anfrage des «Vaterlands», dass sich Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller und er gemeinsam gegen die kurzfristige Aufnahme dieses Traktandums ausgesprochen haben. Sie seien nämlich der Ansicht, dass die Traktandierung der Kenntnisnahme der Anpassung erwählter Eignerstrategien ordentlich auf den November Landtag erfolgen soll. Das Thema werde in der aktuellen Stunde ohnehin breit diskutiert werden, sagte VU-Fraktionssprecher Christoph Wenaweser im Gespräch mit dem «Vaterland». Die FBP hatte schon vor Tagen den «Austritt staatsnaher Unternehmen aus der PVS» als Thema für die aktuelle Stunde angemeldet. So erachten es Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller und VU-Fraktionssprecher Christoph Wenaweser als Vorteil, «wenn die Regierung die diesbezügliche Haltung des Landtages erfährt und sich für die Novembersitzung allenfalls argumentativ noch vertiefen kann».



Christoph Wenaweser, Sprecher der VU-Landtagsfraktion

Wenaweser im Gespräch mit dem «Vaterland». Die FBP hatte schon vor Tagen den «Austritt staatsnaher Unternehmen aus der PVS» als Thema für die aktuelle Stunde angemeldet. So erachten es Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller und VU-Fraktionssprecher Christoph Wenaweser als Vorteil, «wenn die Regierung die diesbezügliche Haltung des Landtages erfährt und sich für die Novembersitzung allenfalls argumentativ noch vertiefen kann».

## Chance für vertiefte Abklärungen

Vonseiten der Freien Liste tönt es ähnlich. Wie FL-Fraktionssprecherin He-

len Konzett Bargetze auf «Vaterland»-Anfrage erklärte, werde das Thema ja sowieso schon in der aktuellen Stunde debattiert werden und es werde interessant sein, wie sich der Landtag zum diesbezüglichen Vorgehen der Regierung verhält, die staatsnahen Betriebe über eine Anpassung der Eignerstrategien an die staatliche Pensionskasse binden zu wollen. Die ordentliche Traktandierung auf die November-Sitzung gebe dann der Regierung die Möglichkeit, sich im Lichte der Diskussionsbeiträge aus der aktuellen Stunde vertieft auf dieses heikle Traktandum vorzubereiten. Denn ob das Ansinnen der Regierung aus juristischer Sicht problemlos realisierbar sei, werde sicherlich ebenfalls ein Diskussionspunkt sein.

## Wenig Vertrauen in das PVS-Gesetz

Die DU-Fraktion ist ganz klar der Meinung, dass das von der Regierung geplante Vorgehen der Sache absolut nicht diene. Dazu DU-Fraktionssprecher Harry Quaderer: «Zum einen werden Fristen verkürzt, zum anderen wird der Landtag «dediglich» gebeten, diese von der Regierung beschlossene Eignerstrategie zur Kenntnis zu nehmen. Der Landtag ist in unseren Augen kein «Absegnungsverein», der Eignerstrategien zur Kenntnis zu nehmen hat, wenn dies der Regierung gerade mal notwendig erscheint.»

nerstrategien zur Kenntnis zu nehmen hat, wenn dies der Regierung gerade mal notwendig erscheint.»

Dass die Regierung die Eignerstrategie anwendet oder anpasst, wie es ihr gerade passt, finden die DU-Abgeordneten stossend. Bei der Landesbank sei von links nach rechts argumentiert worden und jetzt soll es auf einmal von rechts nach links gehen. «Wir stellen fest, dass offenbar weder Gemeinden noch staatsnahe Betriebe grosses Vertrauen in das verabschiedete PVS-Gesetz haben und die Flucht nach vorne antreten»,



Harry Quaderer, Sprecher der DU-Landtagsfraktion

«Wir finden es stossend, dass die Regierung die Eignerstrategie anpasst, wie es ihr gerade passt.»

führt Harry Quaderer im «Vaterland»-Gespräch weiter aus. Langsam aber sicher komme die Regierung in einen Erklärungsnotstand. Anstatt vertrauensbildend alle frühzeitig mit einzubeziehen, werde jetzt, wie es aussehe, im Nachhinein ein Machtwort gesprochen. Nach Ansicht von Harry Quaderer darf man auch nicht ausser Acht lassen, dass die von Nikolaus Frick eingereichte Initiative immer noch geprüft wird. Den Unabhängigen wäre es lieber, die Regierung würde Fricks Volksinitiative zügiger bearbeiten, anstatt Machtworte gegenüber staatsnahen Betrieben durch den Landtag drücken zu wollen.